Protokoll

der 15. Sitzung des EFRE- und ESF+-Multifonds-Begleitausschusses für die EU-Strukturfondsförderperiode 2021-2027

am 19. November 2024 in Hannover

~ genehmigt am 25.02.2025 ~

~ Beginn der Sitzung: 10:08 Uhr ~

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Jens Mennecke (Leiter der Verwaltungsbehörde EFRE und ESF+, VB) eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Teilnehmenden vor Ort, sowie Janos Schmied (DG REGIO) und Justus Seuferle (DG EMPL) aus der Europäischen Kommission (KOM), die online an der Veranstaltung teilnehmen. Des Weiteren begrüßt er Sacha Piehl vom BMAS, der Vertreter des BMWK ist verhindert.

Anschließend begrüßt Herr Mennecke Carolin Brückner von der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, die zum ersten Mal am BGA teilnimmt. Herr Mennecke erinnert daran, dass Änderungen der Mitglieder oder vertretungsberechtigter Personen rechtzeitig mitzuteilen sind.

Darüber hinaus weist er auf personelle Veränderungen in der VB hin. Dr. Maik Knaust verstärkt als Assessor die VB seit dem 15.11.2024 und wird für rund ein Jahr im MB tätig sein. Zudem wird Silke Rosenzweig, die ebenfalls anwesend ist, künftig das Team der VB unterstützen.

Die Beschlussfähigkeit wird durch Herrn Mennecke festgestellt. Er weist darauf hin, dass keine Stimmkarten verteilt wurden, da lediglich hinsichtlich der Tagesordnung und des Protokollentwurfs der letzten Sitzung Abstimmungen erforderlich sein werden. Für diese Abstimmung genüge es, wenn man dazu ein Handzeichen gibt.

Zur vorläufigen Tagesordnung führt Herr Mennecke aus, dass diese fristgerecht versandt wurde, sich im Nachgang aber hinsichtlich der Reihenfolge Änderungen ergeben haben. Die vorläufige Tagesordnung wurde mit den Änderungen seitens der Teilnehmenden einstimmig angenommen.

TOP 2 Genehmigung des Protokollentwurfs der 14. Sitzung vom 28.08.2024

Der Protokollentwurf wird bei vier Enthaltungen genehmigt.

TOP 3 Informationen der Kommission

Herr Schmied berichtet, dass die ernannten Kommissare in den Ausschüssen des EU-Parlamentes angehört wurden, eine abschließende Bestätigung aller aber noch zu erfolgen hat. Die Kommission wartet jetzt nur noch auf die endgültige Entscheidung für den Beginn ihrer Arbeit. Aus den Politischen Leitlinien der Kommission geht hervor, dass die Regionen weiterhin im Mittelpunkt stehen werden und eine verstärkte Kohäsionspolitik gewünscht ist. U. a. wurde bereits eine Initiative zum erschwinglichen Wohnraum angekündigt. Im „Mission Letter“ des nominierten italienischen Kommissars für Kohäsion und Reformen, Raffaele Fitto, werden ebenfalls die Bekämpfung regionaler Disparitäten angemahnt. Ein Baustein soll eine ambitionierte Städteagenda sein, die u. a. auf Stärkung von öffentlichen Dienstleistungen,

Gesundheit, Verkehr und Digitalisierung setzen wird. Weiterhin soll der neue Kommissar regelmäßige Dialoge mit Stakeholdern über die Umsetzung der geplanten Maßnahmen und deren Effekte führen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die neue Initiative „Restore“, die als Reaktion auf die vergangenen Naturkatastrophen eingeführt wurde. Dabei sollen Wiederaufbaumöglichkeiten auch über die Strukturfonds erfolgen können. Hierzu wird ein neues Spezifisches Ziel im Politischen Ziel 2 eingeführt. Durch diese Veränderung können dann 100 %-Finanzierungen erfolgen und Vorfinanzierungen von bis zu 30%. Maximal 10% aller zugewiesenen Fondsmittel (EFRE, ESF+ zusammen) können dafür genutzt werden. Die Änderung soll rückwirkend ab dem 01.01.2024 gelten und alle möglichen Naturkatastrophen umfassen. Dieser Vorschlag wurde seitens der Kommission am 21.10.2024 angenommen. Derzeit läuft das reguläre Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene, anschließend müssten die entsprechenden Programmänderungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg gebracht werden.

Herr Seufferle berichtet aus Sicht der DG EMPL über die künftig geplanten Maßnahmen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik. Als neue Kommissarin für diesen Bereich ist Roxana Mînzatu (Fraktion S&D) aus Rumänien nominiert. Fokus der neuen Kommission soll ein weiteres Vorantreiben des sozialen Europas mit den Schwerpunkten Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik und Skills sein. Zudem soll es ab 2026 einen Klimasozialfonds geben.

Weiterhin berichtet Herr Seufferle, dass für die Zukunft der europäischen Sozialpolitik u. a. die Schaffung qualitativer Arbeitsplätze geplant ist. Hierzu soll es eine Verbesserung der Tarifbindungen geben, sowie eine faire Regelung der Löhne. Wichtig ist zudem die Förderung eines gerechten Übergangs in neue Beschäftigungen und der Abbau regionaler Ungleichheiten, damit Menschen in ihren Heimatregionen bleiben können. Ein weiteres wichtiges Thema ist zudem die Steigerung der Erwerbsbeteiligung junger Menschen und Frauen. Geplante Maßnahmen hierzu sind die Erstellung einer „Quality Jobs Roadmap“ sowie ein Pakt zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte.

Im Bereich der Sozialpolitik steht weiterhin die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) im Fokus. Mit einem Aktionsplan sollen Prinzipien wie der Zugang zu fairen Arbeitsbedingungen oder der Schutz der psychischen Gesundheit umgesetzt werden. Darüber hinaus spielt die Bekämpfung der Armut (insbesondere auch der Kinderarmut) eine große Rolle, hier wird auch der Klimasozialfonds einen Beitrag leisten. Ebenfalls werden weiterhin Maßnahmen zur Integration von Migrant:innen in den Arbeitsmarkt verfolgt. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten für legale Migrationswege intensiviert werden.

Schließlich soll ein Fokus auf beruflicher Bildung und Kompetenzen liegen, deren Ausbau wichtig ist, um den künftigen Forderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen. U. a. durch Umschulungen als Teil eines gerechten Übergangs in neue Arbeitsplätze soll dies erreicht werden. Hier wie auch in den anderen geplanten Zielen und Maßnahmen wird der ESF+ eine Schlüsselrolle spielen.

Anja Kramer (ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen) fragt, was derzeit aus der KOM zur direkten Mittelverteilung an die Mitgliedstaaten verlautet wird und welche Rolle die Regionen künftig spielen werden bzw. wie die Perspektive für den Erhalt der Regionalität gesehen wird. Herr Schmied teilt hierzu als persönliche Einschätzung mit, dass mit den Unterlagen zu arbeiten ist, die tatsächlich öffentlich bekanntgegeben wurden. Dies sind insbesondere die Politischen Leitlinien, die weiterhin eine Zusammenarbeit mit den Regionen vorsehen und regionalen Bedarfen grundlegende Bedeutung beimessen.

Herr Seufferle teilt die persönliche Einschätzung von Herrn Schmied und appelliert, dass man solche Gerüchte nicht zu ernst nehmen soll. Auch er weist darauf hin, dass in allen Berichten und Leitlinien die Regionen weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Christine M. Kaiser (Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.) bekundet ihre Freude darüber, dass ein Ziel der KOM die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und jungen Menschen ist. Sie fragt, ob es hierzu bereits konkrete Planungen gibt, bzw. ob man schon Vorstellungen hat, wie man dieses Ziel umsetzen möchte.

Herr Seufferle antwortet, dass Deutschland im Europäischen Semester nicht schlecht abgeschnitten hat. Erkennbar ist allerdings, dass ein großes Problem die Teilzeitbeschäftigung bei Frauen ist. Lösungen hierzu sind z. B. die verbesserte Kinderbetreuung. Hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit ist dagegen ein Anstieg bei der Erwerbsbeteiligung zu erkennen. Die Jugendarbeitslosigkeit stellt eher im Süden der EU ein Problem dar. DG EMPL begleitet die Thematik weiterhin und regt Verbesserungen an. Die Arbeits- und Sozialpolitik liegt aber größtenteils in der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

TOP 4 Informationen der Verwaltungsbehörde und der Bescheinigungsbehörde

Susanne Meine (Bescheinigungsbehörde, BB) erläutert die Hintergründe zur Regelung bzgl. n+3. Sie weist auf die Problematik hin, dass die zur Verfügung gestellten Mittel aus den jeweiligen Tranchen verfallen, wenn deren Nutzung nicht bis zum entsprechenden Stichtag gegenüber der KOM belegt bzw. nachgewiesen wird (31.12. des dritten Kalenderjahres nach Jahr der Mittelbindung; 1. Stichtag am 31.12.2025). Dabei werden nur die EU-Mittel auf Ebene des Multifondsprogramms betrachtet.

Anhand von Folien zeigt Frau Meine auf, welche n+3-Zielwerte jedes Jahr erreicht werden müssten, um einem Mittelverfall vorzubeugen, und berücksichtigt dabei auch die geplante Nutzung der STEP-Verordnung. Sie konstatiert, dass neben der Mittelbindung besonders die Auszahlungen noch problematisch sind. Diese müssten jeweils bis Ende September erfolgen, um die erforderlichen Arbeiten an den Zahlungsanträgen rechtzeitig abzuschließen.

Frau Meine ist es wichtig, auf diese Problematik aufmerksam zu machen und sie betont auch, dass die Anstrengungen für eine Erfüllung von n+3 nicht nur für die Zeit bis zum 31.12.2025 erfolgen müssten, sondern auch in den Folgejahren. Sie weist explizit darauf hin, dass die Nutzung der STEP-VO (siehe TOP 11) bei der Erfüllung von n+3 helfen würde.

Wiebke Krohn (Unternehmervverbände Niedersachsen e. V.) erläutert, dass die Förderung weniger ansprechend geworden sei, da der Verwaltungsaufwand nach wie vor sehr hoch ist und zusätzlich die Hauptfinanzierung schwieriger wird. Sie fragt, inwiefern die BGA-Mitglieder in dieser Situation helfen können.

Herr Mennecke schlägt vor, die Diskussion dazu nach dem allgemeinen Bericht der VB durchzuführen.

Anschließend stellt Insa Schwob (VB) anhand von Diagrammen den Statusbericht der VB vor und zeigt die aktuelle Entwicklung auf Ebene der Fonds EFRE und ESF+, jeweils nach Übergangsregion (ÜR) und stärker entwickelten Regionen (SER) aufgeschlüsselt, sowie auf Ebene der Prioritätsachsen. Zudem stellt sie die Entwicklung der Projektantragszahlen und den bisherigen Gesamtverlauf der bewilligten Gesamtausgaben und Umsetzungsstände dar.

Anhand der gezeigten Zahlen konstatiert Frau Schwob, dass der aktuelle Umsetzungsstand noch nicht zufriedenstellend, ein Aufwärtstrend aber erkennbar ist. Während die Zahlen im

ESF+ seit Beginn gut sind, lässt sich in den letzten Monaten auch im EFRE ein größerer Anstieg erkennen. Insbesondere in der ÜR lassen die Zahlen aber noch zu wünschen übrig.

Anna Schlosser (VB) berichtet anschließend zur aktuellen Halbzeitüberprüfung (HZÜ), zu der die VB der KOM bis zum 31.03.2025 einen Bericht vorlegen muss. Da für diesen Bericht der Datenstand 31.12.2024 genutzt wird, wird es in der nächsten BGA-Sitzung im Februar 2025 weitere Informationen zur HZÜ geben.

Im Herbst 2024 wurde mit allen am EFRE und ESF+ beteiligten Ressorts Gespräche mit Blick auf die anstehende HZÜ geführt. Für den ESF+ konstatiert Frau Schlosser einen größtenteils ausreichenden Umsetzungsstand, der jedoch weiterhin beobachtet werden muss. Mit Blick auf die Rückmeldung von Frau Krohn zur niedrigen EU-Kofinanzierungsquote in den SER weist Frau Schlosser darauf hin, dass die Kofinanzierungssätze EU-seitig vorgegeben sind, der VB ist jedoch bewusst, dass die Kofinanzierung von 40% in den SER für einige Zuwendungsempfänger ein Problem darstellt.

Weiterhin appelliert sie an die Fachressorts, frühzeitig mitzuteilen, ob ggf. Mittel absehbar nicht genutzt werden können, um diese möglicherweise umzuschichten.

Frau Schwob berichtet anschließend über den aktuellen Stand der HZÜ im Bereich EFRE. Im Fokus steht dabei das Thema, mit welchen Maßnahmen ein besserer Umsetzungsstand zu erreichen ist. Bisher durchgeführt und noch geplant sind bspw. Umschichtungen, Anpassungen bestimmter Richtlinien (wie bspw. Nds. Invest EFRE), die Nutzung der STEP-VO und verstärkte Werbung für die Förderung.

Zu den territorialen Instrumenten trägt Frau Schwob vor, dass ein Aufwärtstrend erkennbar ist, der angesichts vieler weiterer geplanter Projekte anhalten dürfte. Dennoch sind eine Begleitung und Unterstützung weiterhin notwendig. Auch bei den territorialen Instrumenten ist die niedrige Kofinanzierung ein Problem, dazu kommt die Neuheit der Programme, die ein Einspielen der Strukturen und Prozesse benötigen.

In Bezug auf die ÜR besteht seit Beginn der Förderperiode 2014-2020 ein verstärktes Monitoring der VB. Es werden regelmäßige Austausche mit dem zuständigen Amt für regionale Landesentwicklung und der NBank durchgeführt. Zudem sind Anpassungen an bestimmten Fördergegenständen erfolgt. Darüber hinaus läuft aktuell eine Sonderuntersuchung für die ÜR, zu der bereits ein Entwurf vorliegt. Gegenmaßnahmen zum aktuellen – nicht zufriedenstellenden – Stand sind in Vorbereitung und Abstimmung. Frau Schwob appelliert an die Fachressorts, die Belange der ÜR besonders im Blick zu behalten.

Herr Mennecke verweist auf die nahezu vollständige Nutzung der verfügbaren Mittel in der vergangenen Förderperiode, betont jedoch, dass man sich darauf nicht ausruhen darf. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass weiterhin aktiv für den Erfolg des Multifondsprogramms gearbeitet werden muss.

Aufgrund des zeitlichen Voranschreitens der Sitzung teilt Herr Mennecke mit, dass die Berichte zu TOP 4.1 und 4.4, sowie die TOPs 5, 6 und 8 auf den Nachmittag verschoben werden.

In der anschließenden Diskussion wiederholt Frau Krohn ihre Frage, was von den BGA-Mitgliedern erwartet wird bzw. wie man bei der Umsetzung des Multifondsprogramms helfen kann.

Herr Mennecke antwortet, dass geschafft werden muss, potentielle Antragstellende zu tatsächlichen Projektträger:innen zu machen. Die BGA-Mitglieder wirken als Multiplikatoren und können ihre Netzwerke nutzen, die potentiellen Projektträger:innen unterstützen und noch stärker als bisher für weitere Projekte werben. Er hält fest, dass die Förderung im Rahmen der Verordnungen ablaufen müsse und daher bestimmte Vorgaben wie die Kofinanzierungssätze nicht abänderbar seien. Darüber hinaus würden aber auch Diskussionen zu Mittelverschiebungen geführt werden.

Frau Krohn führt aus, dass es wichtig sei, auch die relevanten Partner zu informieren, wenn es zu Rücknahmen oder Widerrufen zentraler Projekte kommt. Insgesamt würde Sie hier eine offenere Kommunikation begrüßen.

Herr Mennecke sagt zu, dies in angemessener Weise aufzunehmen.

Jürgen Meyer (Nds. Städte- und Gemeindebund) erläutert, dass es anhand der gelieferten Zahlen schwierig ist, einzuschätzen, worauf man reagieren muss. Bei den vorgestellten allgemeinen Diagrammen könnten keine Rückschlüsse auf einzelne Maßnahmen gezogen werden. Er regt eine detailliertere Aufschlüsselung auf die Maßnahmenebene an, um besser zu sehen, wo die Umsetzung hakt.

Herr Mennecke teilt mit, dass dies im Rahmen der HZÜ geplant ist, da diese maßnahmenspezifisch durchgeführt werde.

Andreas Hebbelmann (LandesHochschulKonferenz Niedersachsen) erklärt, dass es interessant sei zu sehen, wie im EFRE – im Gegensatz zum ESF+ – zwar seit Beginn der Förderperiode Anträge gestellt wurden, jedoch die Bewilligungen sehr lange gebraucht haben. Er wirft die Frage auf, ob es hier ein Managementproblem gegeben hat.

Herr Mennecke erklärt, dass dieses kein Problem eines mangelnden Managements sei. Die VB hat vielmehr steuernd eingegriffen und zur Bindung der Mittel der Förderperiode 2014 bis 2020 eine Priorisierungsvorgabe an die NBank ausgesprochen, zunächst die Förderperiode 2014-2020 abzuwickeln. Diese Vorgabe war erforderlich, um die nahezu vollständige Mittelerrstattung durch die EU zu erreichen. Dazu kommt, dass die Projektstruktur im ESF+ eine andere ist als im EFRE, und daher nur bedingt vergleichbar. Die langen Bewilligungszeiten gilt es dennoch zu untersuchen, ob nicht auch andere Gründe dafür verantwortlich sind.

Frau Meine ergänzt, dass ein für den EFRE zusätzliches Problem die Klimaverträglichkeitsprüfung gewesen ist. Sie appelliert an die KOM, solche Voraussetzungen früher bekannt zu machen, um sich rechtzeitig darauf einstellen und Verzögerungen vermeiden zu können.

Herr Mennecke weist darauf hin, dass die Klimaverträglichkeitsprüfung aus dem EU-Parlament gekommen ist und nicht aus der KOM. Es an einem einzelnen vermuteten Punkt ohne konkrete Untersuchung festzumachen, wäre nicht ausreichend.

Frau Meine bekräftigt dennoch ihre Aussage, dass grundsätzlich spät bekanntgegebene Vorgaben zu Verzögerungen in der Umsetzung führen.

Frau Kramer fragt, ob es sich lediglich um ein niedersachsenspezifisches Problem handelt, dass Mittel nicht rechtzeitig gebunden werden oder ob auch andere Bundesländer ähnliche Schwierigkeiten haben. Zudem fragt Sie, ob eine Umschichtung von Mitteln aus EFRE in ESF+ möglich ist.

Herr Mennecke erläutert, dass in einem gewissen Rahmen Umschichtungen möglich sind, dafür gibt es aber klare Vorschriften in den Verordnungen. Dies wird mit ins Kalkül genommen. Zudem sind alle Bundesländer betroffen und das oftmals auch schlimmer als Niedersachsen.

Man kann zudem nicht auf die Veränderung der Rechtstexte warten, sondern muss mit dem arbeiten, was man hat.

Frau Kramer sagt, man muss eine klare Analyse haben, woran die fehlende Mittelbindung liegt, da ansonsten auch das Bild entstehen kann, dass die Mittel nicht benötigt werden.

Manuela Schneider (Niedersächsischer LandFrauenverband) plädiert dafür, den Blick auf die jetzige Förderperiode zu richten. Problematisch ist insbesondere, dass sowohl Kommunen als auch Private Schwierigkeiten mit der Vorfinanzierung haben. Wenn man zu einer Vorfinanzierung übergehen würde, würden viele Schwierigkeiten wegfallen. Es nützt nichts, Werbung zu machen und dann eine lange Zeit für die Bewilligungen verstreichen zu lassen. Man muss Anträge jetzt bewilligen und für eine schnelle Umsetzung sorgen.

Aus den Reihen der Mitglieder gibt es Beifall für Frau Schneiders Aussage.

Dr. Kirsten Hendricks (Nds. Städtetag) erläutert, dass es nicht allein reicht, die Werbetrommel zu rühren, sondern ein weiteres Problem der Fachkräftemangel ist. Zudem muss man frühzeitig umplanen und ggf. Anschlussfinanzierungen ermöglichen. Sie mahnt ausreichende Veränderungen an, um nicht bei der nächsten Förderperiode vor dem gleichen Problem zu stehen.

Herr Mennecke sagt zu, die genannten Aussagen mitzunehmen und verweist zu Fragen der Fördervereinfachung auf die Prozesse „einfach fördern“ und „IMAK Fördervereinfachung“. Es sollte nicht unter der Prämisse „es geht nicht, weil ...“, sondern unter „es ginge, wenn ...“ gehandelt werden.

TOP 7 Information zur geplanten Richtlinie „Hightech-Inkubatoren/Akzeleratoren – HTI“ (MW)

Daniel Friedrichkeit (Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, MW) stellt anhand einer Präsentation die Eckpunkte der geplanten Richtlinie „Hightech-Inkubatoren/Akzeleratoren“ (HTI) vor. Er berichtet, dass aufgrund der noch bevorstehenden abschließenden Abstimmung eine Beschlussfassung zu der Methodik und den Kriterien für die Auswahl der Vorhaben im Umlaufverfahren angestrebt werden soll.

Die bisher erfolgte Förderung der HTI durch Landesmittel läuft am 31.12.2024 aus; eine Anschlussförderung ist notwendig. Im Rahmen einer Evaluation wurde die Förderung bewertet und man hat erkannt, dass die HTI bzw. die Startups sehr gute Ergebnisse erzielen und dies bereits in einer sehr frühen Phase. Das Ziel der Richtlinie ist die Gründung vieler neuer Startups und deren Beratung und Begleitung durch die HTI.

Frau Krohn teilt mit, dass Sie die Richtlinie zwar sehr begrüßt, es aber problematisch sieht, dass diese nur für technische Bereiche gilt. Sie regt an, dass man dies auch auf Soziale Innovationen ausweitet. Der soziale Bereich muss aus Ihrer Sicht allgemein mehr Berücksichtigung finden.

Frau Dr. Hendricks fragt, ob man nicht andere Wege finden kann, um die De-minimis-Vorschriften nicht anwenden zu müssen und aus der Beihilferelevanz herauszukommen.

Herr Friedrichkeit versichert, dass man sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und keine andere Möglichkeit gefunden hat. Er weist darauf hin, dass die HTI selbst keinen beihilferechtlichen Vorteil erzielen, sondern diesen an die Startups weitergeben.

Ute Messerschmidt (VB) berichtet hierzu, dass die VB zu diesem Thema im regen Austausch mit den Beteiligten, auch unter Einbeziehung des Beihilfereferats des MW, zur rechtskonformen und praktikablen Umsetzung stand.

Frau Xyländer ergänzt, dass es allgemein schwierig ist, Richtlinien grundsätzlich beihilfefrei zu zeichnen. Im ESF+ ist dies mit Blick auf nicht beihilferelevante Tatbestände einfacher. Soweit das nicht möglich ist, bedarf es einer Einzelfallprüfung. Zudem ist es im Bereich EFRE aufgrund wirtschaftlicher Bezugspunkte ohnehin sehr selten, dass eine komplette Richtlinie grundsätzlich beihilfefrei ist.

Herr Hebbelmann begrüßt, dass die HTI weitergeführt werden können und bezeichnet die Inkubatoren als Erfolgsmodell.

TOP 10 Vorstellung des ESF+-Projektes „Handwerk mit FIF – nachhaltig führen“ (Richtlinie RIKA)

Silke Hansmann (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, MS) ruft den Mitgliedern des BGA die Eckpunkte der Richtlinie „Förderung von Regionalen Initiativen und Kooperationen für Frauen am Arbeitsmarkt“ (RIKA) in Erinnerung.

Im Anschluss stellen Katja Mikus und Wiebke Gisnås anhand einer ausführlichen Präsentation das Projekt „Handwerk mit FIF – nachhaltig führen“ vor.

Mit diesem Projekt soll u. a. das Potential von Frauen im Handwerk gefördert und ihre Führungskompetenz ausgebaut werden. Das aktuelle Projekt ist der bereits vierte Durchgang dieses Vorhabens und bietet den über 20 Teilnehmerinnen in rund 300 Stunden verschiedene Coachings, Seminare, Workshops und weitere Bausteine. Gefördert wird das Projekt, das ein Gesamtvolumen von 536.000 Euro hat, neben Eigenbeträgen und Landesmitteln mit 215.000 Euro aus dem ESF+.

Zum Abschluss zeigen die Projektvorstellerinnen einen kurzen Film, der drei Teilnehmerinnen und ihre Erfahrungen im Projekt vorstellt. Herr Mennecke bedankt sich herzlich im Namen aller Teilnehmenden für den gelungenen Vortrag und die Premieren-Vorführung des Kurzfilms.

~ Mittagspause von ca. 12:50 bis 13:40 Uhr ~

TOP 8 Informationen zum aktuellen Stand der Zukunft der Kohäsionspolitik

Zunächst stellt Herr Piehl von der ESF+-Verwaltungsbehörde des Bundes im BMAS sich den Mitgliedern vor, da dies seine erste Sitzung i. V. von Herrn Gellner im niedersächsischen BGA ist.

Anschließend kommt er auf die aktuellen Gerüchte rund um die Zukunft der Kohäsionspolitik zu sprechen, die aufgrund des „Leaks“ zu internen Überlegungen in der DG BUDG der KOM entstanden sind. Er hält fest, dass diese teilweise in Übereinstimmung aber auch im Widerspruch zu den veröffentlichten Politischen Leitlinien der KOM und den relevanten Mission Letters der designierten Kommissare stehen, erstere eine starke Tendenz darstellen, letztere derzeit aber als offizielle Linie der KOM zu verstehen sind und deshalb wichtiger sind.

Darüber hinaus betont er, dass der ESF+ für die Förderung von Beschäftigung das wichtigste Instrument in der EU ist und Menschen individuelle Chancen eröffnet. Dies betrifft alle Regionen, demzufolge auch die stärker entwickelten. Daher sollen auch diese weiterhin gefördert werden. Zudem wird durch die Förderung auch der soziale Zusammenhalt in der EU gestärkt sowie die Sichtbarkeit und Akzeptanz der EU in der Fläche.

Um weiterhin effektiv wirken zu können, muss der ESF+ auch zukünftig finanziell ausreichend ausgestattet sein und zudem nicht zu sehr mit Zielvorgaben überfrachtet werden. Im Fokus müssen Beschäftigung, Bildung und soziale Inklusion bleiben.

Herr Piehl informiert, dass zu diesen Themen in Deutschland Leuchtturmprojekte entwickelt worden sind, die in einer Broschüre des BMAS dargestellt werden.

Er trägt weiter vor, dass es wichtig ist, die neuen Verordnungen frühzeitig vorzulegen, damit die neue Förderperiode rechtzeitig anlaufen kann. Zudem betont er die Notwendigkeit von Bürokratieabbau, bei dem zwischen der Kontrolle der Mittel, der Ergebnisorientierung der Programme und einer zeitnahen und aufwandsarmen Abwicklung sorgfältig austariert werden muss.

Weiterhin bekräftigt Herr Piehl, dass BMAS und die deutschen ESF+-Verwaltungsbehörden die Auffassung vertreten, dass dem ESF+ nicht nur ein erfolgsbasiertes Erstattungsmodell zugrunde liegen darf, wie bereits im Gemeinsamen Positionspapier zur Zukunft des ESF+ dargelegt, das immer noch die offizielle Position zum ESF+ ist.

Zur Gemeinsamen Bund-Länder-Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik verweist er auf die Ausführungen von Herrn Mennecke in seiner Präsentation, denen er nicht vorgreifen möchte.

Schließlich informiert er über eine am 05. Februar 2025 zusammen mit den Ländern geplante Veranstaltung des BMAS in Brüssel über die Zukunft des ESF+, bei der u. a. die Ergebnisse einer Zukunftsstudie aus Deutschland vorgestellt werden sollen und alle Stakeholder herzlich eingeladen sind.

Herr Mennecke bedankt sich bei Herrn Piehl für die Vorstellung aus Sicht des BMAS und berichtet dann aus Sicht des Landes zu den Überlegungen zur Reform des EU-Haushaltes für 2028-2034 und deren Konsequenzen für die Regionen und die Kohäsionspolitik.

Er betont, dass Ministerin Wiebke Osigus bereits viele Akteure und Stakeholder auf die Folgen einer solchen Umstellung angeschrieben und für eine Fortsetzung der Fördergestaltung in den Regionen geworben hat.

Zudem gibt Herr Mennecke zu bedenken, dass die Volksvertreter im EU-Parlament ein Mitspracherecht behalten sollten, was gefördert werden soll. Dies sollte nicht nur von der KOM mit den Mitgliedstaaten ausgehandelt werden.

In Bezug auf den leistungsorientierten Ansatz führt Herr Mennecke aus, dass das MB nicht prinzipiell gegen einen solchen ist, da er durchaus notwendig sein kann. Doch sollte dieser Ansatz nicht pauschal auf alle Maßnahmen gelegt werden, da insbesondere bei neuen Instrumenten, wo die Umsetzungserfahrung noch nicht gegeben ist, dies nicht angezeigt sein könnte. Es gibt noch zu wenig Praxiserfahrung dazu.

Hinsichtlich der Bund-Länder-Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik (s. Präsentation) berichtet Herr Mennecke, dass diese im gemeinsamen Chapeau noch nicht komplett geeint ist. Hier mahnt er an, die Einigung zu einer gemeinsamen Stellungnahme unbedingt noch zu erzielen. Andernfalls verliert so eine Stellungnahme an Gewicht und die Zukunft der Kohäsionspolitik würde ohne eine geeinte Stimme aus Deutschland diskutiert werden. Zudem betont er, dass die Bedarfe für Transformation und Veränderungen nicht mehr in Abrede gestellt werden können. Nach einer Studie werden allein in Niedersachsen zwischen 24 und 36 Mrd. Euro jährlich für die sozialökologische Transformation nötig sein, insofern ist man auf Förderung, auch in den stärker entwickelten Regionen, weiterhin angewiesen.

Ingmar Behrens (Nds. Ministerium für Inneres und Sport, MI) fragt, was unter dem leistungs-basierten Ansatz zu verstehen ist und ob man dazu ein konkretes Beispiel nennen kann.

Herr Piehl antwortet, dass dabei eine Umsetzung über Meilensteine und Ziele erfolgt, ähnlich wie bei bereits bestehenden Instrumenten wie der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF, in Deutschland über den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP) umgesetzt), wo man sich Beispiele in den verschiedenen relevanten Bereichen anschauen kann. Die Auszahlung ist dabei an Strukturreformen gebunden und wird an der Zielerreichung und quantifizierbaren Output-Indikatoren gemessen. Er plädiert dafür, dass man bei aller Offenheit sich nicht vom leistungs-basierten Ansatz verblenden lassen darf, da neben Vorteilen auch Gefahren wie Creaming-Effekte bestehen, auch wenn man sich prinzipiell weiter an den länderspezifischen Empfehlungen orientieren will.

Er trägt weiter vor, dass die geleakten Planungen der KOM auf „weißem Papier“ als bloßes Gedankenspiel entstanden sind und die KOM sich der teilweisen Nichtumsetzbarkeit für die Kohäsionspolitik durchaus bewusst ist. Erst die Verhandlungen werden aber tatsächlich zeigen, welche Verordnungen kommen werden. Derzeit regt sich nicht nur in Niedersachsen und Deutschland, sondern in vielen Mitgliedstaaten und Regionen Kritik. Die KOM hat den Widerstand und die Diskussionen der Länder sowie Sozialpartner mitbekommen. Man redet derzeit über Pläne, die vorliegen würden, obwohl noch gar keine konkreten Vorschläge öffentlich gemacht wurden.

Er betont zudem, dass die Kohäsionspolitik nicht geopfert werden darf. Allgemein bestehe jedoch das Problem, dass das Budget nicht anwächst, die Projekte und Ziele, die umzusetzen sind, dagegen schon. Die Reform des MFR zielt demnach darauf hin, flexibler zu werden und leichter Umschichtungen vornehmen zu können.

Herr Mennecke ergänzt, dass man in der vergangenen Förderperiode die bestehenden Flexibilitäten genutzt und auch unter Beweis gestellt hat, dass man Krisen managen kann.

Frau Dr. Hendricks fragt, ob Sie es richtig verstanden hat, dass die Gelder dann nur noch direkt an die nationalen Haushalte gezahlt werden. Daraus folgend ergibt sich dann die Frage, inwieweit sich die EU in die Kontrolle einmischen könnte und was dies für Folgen hinsichtlich der Aufgabenverteilung auf Landesebene hätte. Sie kann nicht nachvollziehen, welchen Zweck man damit verfolgt. Zudem betont sie, dass der EU mehr Relevanz und Sichtbarkeit verschafft werden muss. Dies bedeutet auch, dass man sich besser überlegen muss, wofür das Geld ausgegeben werden soll, damit es den Menschen im Land auch am meisten nützt. Man sollte nicht mehr jedes „Blümchen“ finanzieren, sondern sich auf die „Basics“ konzentrieren.

Herr Mennecke plädiert dafür, Veränderungsbereitschaft zu zeigen und neue Wege zu gehen. Bzgl. der Folgen für die Mittelkontrolle und der zukünftigen Rolle der Programmbehörden in den Ländern müssen die konkreten Verordnungsvorschläge abgewartet werden.

Frau Meine weist darauf hin, dass in Deutschland „Basics“ im Sinne von Pflichtaufgaben nicht mit EU-Mitteln förderfähig sind und warnt zudem davor – wie Herr Piehl bereits zum ESF+ ausführte – den EFRE zu sehr mit Strategievorstellungen und Zielvorgaben zu überfrachten. Herr Piehl antwortet, dass die KOM die Überfrachtung mit Strategien erkannt hat. Es besteht seitens der KOM auch weiter ein klares Bekenntnis zu den EU-2030-Zielen. Aus BMAS-Sicht sollte die künftige Kohäsionspolitik der EU, einschließlich des ESF+, auch im neuen Finanzrahmen ein zentrales Instrument für nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum im Sinne der Konvergenz bleiben.

Herr Mennecke betont, dass die Mittel aus verschiedenen Fonds stimmig eingesetzt werden müssen und man nicht vergessen darf, dass der Umgang mit Transformation auch eines gemeinsamen strategischen Ansatzes bedarf. Er verweist hierzu auf die geplante Landesförderstrategie zur EU-Förderung. Ziel sind gemeinsame Schwerpunkte, Kohärenz, eine ganzheitliche Sicht und eine stärkere Zielgerichtetheit der Förderung.

Herr Piehl merkt an, dass er auch deswegen so ein großes Interesse an den niedersächsischen BGA-Sitzungen hat, weil Niedersachsen wegen des Multifondsansatzes und anderer Prioritäten wie der Sozialen Innovation eine Art Labor für Strukturen, Synergien und Inhalten ist. Die Stärken der Kohäsion müssen stärker ausgearbeitet werden.

Frau Kramer fragt - bezogen auf S. 49 der Präsentation - wo hier das Soziale noch vorkommt. Des Weiteren möchte Sie wissen, warum das Thema Wohnen kein EFRE-Thema mehr ist, sondern nun beim ESF+ zu finden sei und was dies für die Mittelbindung bedeutet.

Herr Mennecke antwortet, dass das Thema Wohnen eine soziale Dimension hat. Wenn aber bspw. der soziale Wohnungsbau in die Strukturförderung aufgenommen wird, wären in Niedersachsen die Mittel schnell gebunden. Man darf in dieser Hinsicht jedoch nicht nur nach Deutschland schauen, da die entwickelten Ziele auf alle Mitgliedstaaten abzielen. Es bedarf demnach aber einer regionalen Spezifizierung.

Herr Piehl ergänzt abschließend, dass alles noch sehr dynamisch ist und das Soziale keinesfalls herausfällt, sondern auch in den internen Überlegungen als eigenes Kapitel mitgedacht wird. Wichtig ist dabei aber, dass man sich jetzt im Meinungsbildungsprozess dazu äußert.

TOP 4 Informationen der Verwaltungsbehörde – Zweiter Teil

Seit der letzten BGA-Sitzung im August gab es Änderungen in der Richtlinie Brachflächenrevitalisierung.

Hinweis der Geschäftsstelle: Wie Herr Hunze unter TOP 11 mitteilte, wurde am Morgen der Sitzung auch die geänderte Richtlinie Nds. Invest – EFRE veröffentlicht. Zudem wurde ebenfalls noch die geänderte Richtlinie Landschaftswerte 2.0 veröffentlicht. Die beiden Veröffentlichungen sind vor Upload der Präsentation in die entsprechende Folie mit aufgenommen worden.

Anschließend berichtet Frau Schlosser über Änderungen an den Erlassen zu Pauschalen im ESF+, die in der letzten Sitzung bereits angekündigt wurden.

Frau Schlosser informiert ebenfalls über die Ergänzung des Leitfadens Querschnittsziele um ein Kapitel zur Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention, das gemeinsam mit der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen entwickelt wurde. Darüber hinaus wird es auch einen gesonderten, ausführlichen Leitfaden mit konkreten Beispielen geben.

TOP 5 Bericht zu Beschwerden/ Verstößen gegen die UN-Behindertenrechtskonvention

Es gibt keine Meldungen.

TOP 6 Bericht zu Beschwerden/ Verstößen gegen die EU-Grundrechtecharta

Es gibt keine Meldungen.

TOP 11 Informationen zur geplanten Änderung des Multifondsprogramms bzgl. Nutzung der STEP-VO

Herr Mennecke verzichtet angesichts der Zeit auf eine Einführung der VB und übergibt an Sebastian Hunze vom MW. Dieser informiert die Teilnehmenden vorweg darüber, dass die geänderte Richtlinie Nds. Invest EFRE am Morgen der Sitzung veröffentlicht wurde.

Zum Thema STEP erläutert Herr Hunze kurz den Hintergrund und die Notwendigkeit, insbesondere bezogen auf die ÜR. Er stellt fest, dass die Mittelbindungen über alle Projekte hinweg hinter den eigentlichen Erwartungen zurückgeblieben sind. Durch die STEP-VO werden zwar keine neuen Mittel fließen, man erreicht jedoch mehr Flexibilität in der Förderung.

Herr Hunze stellt zwei geplante Maßnahmen des MW vor. Dies ist zum einen die infrastrukturelle Weiterentwicklung des Windenergieclusters in Cuxhaven. Zum anderen soll für ein Industriecluster in Stade ein Konzeptpapier entwickelt werden, das sich mit klimafreundlichen Antrieben befasst. Diese Ideen sind bereits der KOM bekannt, müssen aber in den Details weiter ausgearbeitet und abgestimmt werden. Insofern sind dies erste Überlegungen, die sich im Laufe der Diskussionen noch ändern können.

Herr Mennecke weist darauf hin, dass die Beschlussfassung zur Änderung des Multifondsprogramms und zur Aufnahme einer neuen Prioritätsachse für die Nutzung der STEP-VO nach Abschluss der Abstimmungen mit der KOM entweder im Umlaufverfahren oder in der nächsten Sitzung im Februar 2025 erfolgen soll.

Sandra Petersmann (Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur, MWK) teilt mit, dass auch im Bereich Innovation durch Hochschulen seitens des MWK Umschichtungen im Rahmen der STEP-VO geplant sind.

TOP 12 Bericht zur Durchführungsevaluation im ESF+

Hannah Butterwegge von moysies & partners stellt den Bericht zur Durchführungsevaluation im ESF+ anhand einer Präsentation vor.

U. a. wurden in der Evaluierung Kriterien wie Relevanz, Umsetzung und Effizienz der Förderung betrachtet und zu jedem Kriterium Leitfragen untersucht.

Die Ergebnisse der Durchführungsevaluation zeigen, dass die Förderungen insgesamt passfähig konzipiert sind. Größtenteils lässt sich zudem festhalten, dass die Mittelbindung für den ESF+ bisher im Plan liegt.

Es erfolgten keine Rückfragen seitens der Teilnehmenden hierzu.

TOP 9 Informationen zum aktuellen Stand des IMAK Fördervereinfachung und zum Prozess „einfach fördern“

Frau Messerschmidt berichtet kurz zum IMAK Fördervereinfachung und dem Prozess „einfach fördern“.

Der IMAK hat ein umfangreiches Maßnahmenbündel beschlossen, das für erhebliche Vereinfachungen sorgen soll. U. a. beinhaltet es konkrete Änderungsvorschläge für die Landeshaushaltsordnung wie bspw. einen Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Die Beschlussfassung im Kabinett ist für Dezember 2024 vorgesehen.

Zum Prozess „einfach fördern“ erläutert Frau Messerschmidt den geplanten weiteren Verlauf. Im nächsten Jahr soll auch dieser Prozess abgeschlossen werden und im ersten Quartal eine digitale Abschlussveranstaltung hierzu erfolgen. Wesentliche Erkenntnisse aus dem Prozess „einfach fördern“ sind auch bereits von Ministerin Wiebke Osigus in verschiedenen Gesprächen auf unterschiedlichen Ebenen angebracht worden, so bspw. die Beschränkung von Nachweis- und Berichtspflichten auf ein angemessenes Maß.

Auf die Frage, ob der Abschlussbericht des IMAK in den Netzwerken der BGA-Mitglieder verteilt werden kann, antwortet Frau Messerschmidt, dass zunächst die Beschlussfassung im Kabinett erfolgen muss.

TOP 13 Verschiedenes

Abschließend gibt Frau Messerschmidt einen Ausblick auf die Sitzungsplanung im Jahr 2025. Die nächste Sitzung findet am 25.02.2025 in Präsenz in Hannover statt. Sie weist darauf hin, dass im nächsten Jahr die zweitägige BGA-Sitzung in der ÜR geplant ist und bittet in diesem Zusammenhang nochmals um die Mitteilung geeigneter Projekte, die mit ca. 70 Personen besichtigt werden können.

Frau Messerschmidt bedankt sich bei allen Teilnehmenden und bittet die Verlängerung der Sitzung zu entschuldigen.

~ Ende der Veranstaltung ca. 15:35 Uhr ~

Protokoll: Cindy Daniel-Bates, Tim Falckenthal

Hinweis: Die Präsentation der VB, sowie die Präsentationen zu TOP 3, TOP 10 und TOP 12 wurden im Nachgang der Sitzung auf die Website des Begleitausschusses hochgeladen.

https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html